

Waltroper KAKTUS



Ausgabe 4 Oktober 2010

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nach unseren guten Ergebnissen bei der Kommunalwahl und Landtagswahl sind wir in der neuen Ratsperiode ganz gut aus den Puscheln gekommen. Wir haben den Freizeitpass durchgesetzt, wir haben die Erhöhung der Grundsteuer ausgesetzt und auch bei den Landesgrünen haben wir mächtig Druck gemacht, dass die Partei weiterhin für den Abriss des Eon-Kohlekraftwerks steht.

Amateure und Bürokraten

Der neue Schwung geht allerdings etwas verloren, wenn man sieht, dass die anderen in Politik und Verwaltung leider nicht mitziehen wollen. Die CDU ist vor allem mit sich selbst beschäftigt und ist ohne Führung kaum als Ansprechpartner brauchbar. Hier verderben viele Fleischer den Brei. Auch die ehemals stolze andere Volkspartei laboriert an einem Führungsvakuum. Der alte Fraktionsvorsitzende soll's nicht mehr lange machen und der neue kann es noch nicht. Also hängt man gebannt an den schmalen Lippen der Leute in der Verwaltung, die gerne ihre eigene Politik betreiben, ohne jemals gewählt worden zu sein. Dementsprechend vielstimmig ist der Verwaltungsschor. Der eine will noch mal eine dicke Pension abgreifen, der andere will mit seinen Rechtsbelehrungen die Bürger foltern und der letzte will mit seinem haushaltspolitischen Sachverstand brillieren und arbeitet mehr im Interesse der Kommunalaufsicht als im Interesse der Waltroper Bürger. Die Dirigentin, die hieraus in den vergangenen Jahren noch eine eingängige Melodie gemacht hat, wird offensichtlich amtsmüde.

Gekaufte Zeitungsenten

In dieses Bild passt, dass auch die Lokalpresse, die früher im Wettbewerb auch mal gute Ideen und Kritik einbrachte, zur faden Monokultur für Schützenkönige und Eon-Aktionäre geworden ist. Die Folge von all dem ist: Stillstand in Waltrop oder gar Rückentwicklung zum Industriedorf.

In dieser geschlossenen Gesellschaft ohne Ideen ist es deshalb nicht immer ein Vergnügen grüne Politik zu machen. Wir hoffen deshalb, dass sich die Waltroper Bürger, die schon in der Vergangenheit ganz im Gegensatz zur politischen Klasse protestierprobt und ideenreich waren, sich wieder verstärkt zu Wort melden und die Stadt Waltrop nicht den Amateurpolitikern und Bürokraten überlassen.



Grüne Grüße

Prof. Dr. Lars Holtkamp

Info-Zeitung von

Bündnis 90/Die Grünen Waltrop



EON-Kraftwerk von Bündnis 90 / Die Grünen kassiert

Während die anderen Parteien von EON gerne Parteispenden kassieren, haben die Grünen in der neuen Landesregierung EON-Datteln vorerst kassiert. Auf Druck von Bündnis 90 / Die



Monya Schnitke und Sylvia Löhrmann. Grüne wurde die von CDU-FDP auf den Weg gebrachte LEX EON nun endgültig gestoppt. Die damalige Lan-

desregierung hatte durch dieses Gesetzesvorhaben versucht alle Bestimmungen zum Klimaschutz etc. aus dem Landesentwicklungsplan rauszunehmen, die in dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen das neue EON-Kraftwerk in Datteln angeführt wurden. Damit sollte der Schwarzbau nachträglich ermöglicht werden und die Stadt Datteln konnte sich im 2010 erneut aufgestellten Bebauungsplan bereits auf dieses Gesetzesvorhaben für EON berufen.

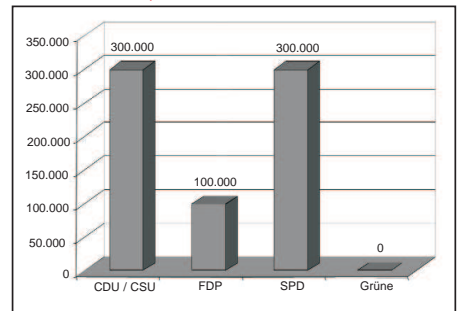
Die Kohlefraktion in der SPD
Der neue grüne Umweltminister erklärte folgerichtig bereits vor den Sommerferien, dass EON-Datteln vor dem Aus steht. Der Schwarzbau soll abgerissen werden. Das bringt ihm wütende Proteste der Kohlefraktion in der SPD und von der Waltroper Zeitung ein, die

bereits seit Monaten nur noch Jubelberichte über Kohlekraftwerke schallt. Ja, hier ist viel Kohle im Spiel und es wird ein hartes Stück Arbeit für Bündnis 90 / Die Grünen, dass der Rechtsstaat nicht zur Bana-

nen- oder Dattelnrepublik verkommt. Recht muss Recht bleiben – auch und gerade für EON!

Von **Prof. Dr. Lars Holtkamp**

Parteispenden von EON in Euro



Quelle: Angaben Deutscher Bundestag zum Spendenaufkommen 2005 bis 2006

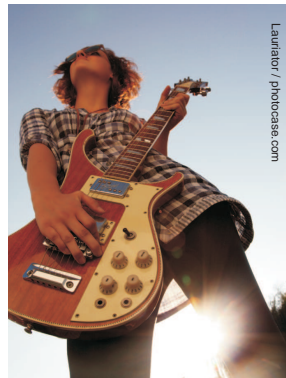
Ohne Moos nix los! Oder doch?

Freizeit kostet Geld!

Jede(r), die/der mal in einem Freizeitpark war, wird das bestätigen können. Seit Jahrhunderten wird der Grad des Wohlstands einer Gesellschaft an ihren Freizeitaktivitäten festgemacht. Denn Freizeit bietet der Bevölkerung die Möglichkeit zu Kultur und Bildung – die wichtigsten Voraussetzungen, damit eine Gesellschaft

wachsen und sich innovativ verändern kann. Auch eine finanzschwache Stadt wie Waltrop leistet sich ein gewisses Kultur- und Bildungsangebot für ihre Einwohner. So haben diese nicht nur die Möglichkeit sich über Kurse an der Musikschule oder VHS zu bilden und damit zusätzliche Kompetenzen zu erwerben, für sie wird auch ein kulturelles Programm zusammengestellt, wie zum Beispiel das Parkfest.

Dieser Freizeitpass soll künftig an Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und SGB XIII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Bürgerbüro herausgegeben werden. Diese erhalten dann einheitlich eine Ermäßigung um 50 Prozent bei Angeboten und Veranstaltungen der VHS, der Musikschule, der Stadtbibliothek, des Kulturbüros und des Kinder- und Jugendbüros. Außerdem haben die Inhaber die Möglichkeit, im Vorverkauf einen Parkfest-Pin zum halben Preis zu kaufen.



Laubator / photocase.com

Freizeit nur für Besserverdienende?

Jedoch ist für alle diese Freizeitaktivitäten nicht nur Zeit eine zwingende Voraussetzung, sondern auch Geld. Gerade Familien, die durch Hartz IV nur eine Art Grundsicherung zugewiesen bekommen, fehlt oft das Geld, um an kulturellen Aktivitäten teilzunehmen oder sich zu bilden.

In unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2009 versprochen wir Hilfe für einkommensschwache Familien, um am kulturellen Leben der Stadt teilzunehmen. Dieses Versprechen haben wir eingelöst! Durch unseren Antrag wurde erst im Ausschuss für Jugend und Soziales und dann im Stadtrat der Freizeit- und Bildungspass für Waltrop beschlossen.

Falscher Luxus

Wir haben als Stadt zu lange einen falschen Wohlstand und Luxus gegönnt. Anstatt die hoch subventionierten Freizeitangebote allen Bürgern zugutekommen zu lassen und damit die Angebote auszulasten, konnten sich viele Bürger wegen der teuren Eintrittspreise diese nicht leisten. Damit ist jetzt Schluss!



Von **Monya Schnitke**

Mit Atomstrom dealt man nicht!

Den Konzernen die Gewinne und dem Volk das Risiko und den Müll

An der Öffentlichkeit, am Bundestag und mit viel Trickserei wohl auch am Bundesrat vorbei, wurde in der Nacht vom 5. auf den 6. September 2010 zwischen der Bundesregierung und den Atomkonzernen ein Vertrag unterzeichnet. Er legt die Konditionen der geplanten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke fest und macht dadurch die Energiepolitik zu einem Wunschkonzert, bei dem die Atomwirtschaft der Dirigent ist. Denn dieses Vertragswerk bindet alle nachfolgenden Regierungen in unserem Land und lässt keinerlei Spielraum mehr zu, sich von dieser risikobehafteten Atompolitik zu verabschieden.

konzernen Milliarden in die schon reichlich gefüllten Kassen spülen. Doch Deutschland produziert schon seit Jahren mehr Strom als wir verbrauchen und wenn durch Förderung die erneuerbaren Energien ihren Anteil an der Stromerzeugung erhöhen, brauchen wir ab spätestens 2021 überhaupt keine Atomkraftwerke mehr. Atomkraft ist also keine Brückentechnologie, sondern eine Risikotechnologie, die weder notwendig noch verantwortlich ist.

Die rote Karte zeigen

Das „Restrisiko“ der Atomkraft kann der Bundesregierung und den Konzernen am besten vor Augen geführt werden, wenn Sie mitdemonstrieren, den Atomdealerparteien die Stimmen bei der Wahl verweigern und den Stromanbieter in Richtung regenerativer Energie wechseln. Dazu werden wir an Ständen in der Fußgängerzone informieren und wir sollten alle gemein-

sam der Bundesregierung einen „heißen Herbst“ bereiten. Nach einem beispiellosen Fehlstart der Bundesregierung mit erkaufte Geschenken für Hoteliers und Dauerstrecke zwischen der verfeindeten FDP und CSU wackelt die Koalition der Egoisten und gnadenlosen Selbstdarsteller beträchtlich. Bei viel Gegendruck der Bürger wird sie umfallen, die Ratten werden das sinkende Schiff verlassen und der schwarz-gelbe Spuk ist endlich vorbei. Keine Geschenke mehr für Energiekonzerne und Hoteliers! Dieses Jahr muss für sie die Bescherung unterm schwarz-gelben Tannenbaum ausfallen!



Von **Ingrid Täger**





Datteln kauf ich mir!

Während wir uns alle darauf beschränken müssen, Datteln im Aldi oder Bioladen zu kaufen, können Multimillionäre sich schon ein kleines Dattelparadies in der Südsee leisten. Aber nur der Stromkonzern EON kann als Multimilliardär die Stadt Datteln kaufen.

Dattelner Politik gegen Bürger

Wenn man von der Dattelner Innenstadt auf die riesigen Türme von EON Datteln schaut, fragt man sich, warum dieses städtebauliche Monstrum von den demokratisch gewählten Vertretern der Stadt Datteln ihren Bürgern zugemutet wird. Normalerweise ist das, salopp formuliert, politischer Selbstmord, zumal natürlich alle Verwaltungsgerichte diese abenteuerliche Planung des neuen Kohlekraftwerks aufgrund des nicht genügenden Abstands zu den Wohngebieten für unrechtmäßig erklären.

Warum machen sich Bürgermeister und Ratsmitglieder ohne Not daran unbeliebt bei den Bürgern?

Viele Bürger der Stadt Datteln fühlen sich von der Politik „verraten und verkauft“, wie es der Elterntat in einem aufrüttelnden Brief an die Ratsmitglieder auf den Punkt bringt. Das juckt aber Rat und Bürgermeister in Datteln nicht und die vielen wütenden Proteste aus Waltrop stoßen auf taube Ohren. Sie beschließen vor

wenigen Monaten einfach wieder einen neuen Bebauungsplan für den Schwarzbau EON zur erneuten Rechtsbeugung.

EON schießt Datteln mit Kohle tot!

Die Erklärung für dieses dreiste Verhalten liefert einer, der es wirklich wissen muss.

Dr. Johannes Wiedemeier, der das Verfahren für die Bezirksregierung

diesem unsinnigen Standort mitten in Datteln gekommen ist:

„In Datteln hat sich Eon das Wohlwollen der Einwohner bereits mit Millionen erkaufte. Laut Aussage Wiedemeiers habe der Konzern erst einen Dattelner Landwirt „sehr reich“ gemacht, ihm das nötige Baugrundstück abgekauft und anschließend „die Nachbarn dort tot geworfen mit Geld“, so Wiedemeier auf Anfrage.



Schöner Wohnen in EON-Stadt...

Münster zum Bau des Kohlekraftwerks geleitet hat, erklärt im Interview mit der WAZ unverblümt, wie es zu

Und Bürgermeister Wolfgang Werner bekomme neben Fernwärme auch sechsstelligen Summen von EON, für

Feuerwehrhaus, Kinderklinik und andere Wünsche“ (WAZ vom 25.08.2008).

Bleibt nur noch zu fragen, welche anderen Wünsche EON dem Dattelner Bürgermeister von den Augen abgelesen hat. Letztlich gab uns ein Dattelner Bürger den entscheidenden Tipp: Auch die Verwandtschaft will in der Dattelner Vetterwirtschaft versorgt werden.

Nichtenwirtschaft

Neben dem Schwager des Dattelner Bürgermeisters wird auch seine Nichte bei EON lukrativ beschäftigt. Die Nichte des Bürgermeisters ist erst 2009 bei EON Energie AG angestellt worden und erhielt dann 2010 nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das massive Abwägungsfehler (!) des Bürgermeisters im Fall EON beanstandet hat, bei EON Vertrieb Deutschland in München einen Arbeitsvertrag.

Natürlich hat der Dattelner Bürgermeister vergessen diese Versorgungsverhältnisse offen zu legen und sich weiterhin übereifrig im Dattelner Stadtrat für das EON-Kraftwerk eingesetzt. Normalerweise hätte er sich bei diesen Abstimmungsgegenständen im Dattelner Stadtrat nach der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens für befangen erklären müssen. Aber der Landrat, den wir zur Unter-

suchung dieser Vorgänge einschalteten, stellte fest, dass der Dattelner Bürgermeister mitgeteilt habe, dass er von der beruflichen Karriere seiner Nichte keinerlei Kenntnis gehabt habe.

Das ist schon tragisch: EON überhäuft den Dattelner Bürgermeister mit Geschenken und er hat gar nichts davon gewusst???

Immerhin haben wir ihn jetzt von Waltrop aus über seine Dattelner Verwandtschaft informiert. Der Dattelner Bürgermeister weiß jetzt also auch offiziell Bescheid, auch wenn er es gar nicht wissen will. Ob er sich nun endlich bei Beschlüssen zum EON-Kraftwerk für befangen erklärt und dementsprechend nicht mitstimmen wird? Hoffentlich ist jetzt wenigstens mal der Dattelner Stadtrat aufgewacht und schickt den Bürgermeister als Vorsitzenden des Rats wegen Befangenheit bei diesen Entscheidungen raus.



Von Albert Buß

Gegen weiteren Flächenverbrauch in unserer Stadt

In letzter Zeit werden mehr und mehr Flächen zur Bebauung ausgewiesen und so verschwindet immer mehr Grün aus unserem Stadtbild. Liegt das an den leeren Kassen Waltrops, die auf Druck der Bezirksregierung, auf „Teufel komm raus“, wieder aufgefüllt werden müssen?

Vom Waldstadion zur Schweinewiese

Beispielsweise folgt der Verkauf des Waldstadions für eine neue Wohnbebauung ausschließlich dem Motiv Geld in die leeren Kassen der Stadt Waltrop zu spülen. Bäume und Grünflächen werden genauso wie die vorbildliche Kinder- und Jugendarbeit der Sportvereine plattgemacht. Nur was sofort Geld bringt, scheint zu zählen.

Auch an der Stadtgrenze zu Castrop-Rauxel soll auf der grünen Wiese eine Anschlussbebauung stattfinden, die außer Vernichtung von Freifläche auch keine Kaufkraft nach Waltrop bringt, da die Siedlung per öffentlichen Nahverkehr nur an Castrop angebunden ist. Selbst in der Innenstadt wurde

noch Grün zum Betonieren entdeckt. Die Schweinewiese soll zu einem weiteren Parkplatz für die Innenstadt umfunktioniert werden, obwohl die vorhandenen Plätze schon nicht ausgelastet sind.



Grüne Oasen sind Mangelware

Dies sind nur einige Beispiele, die aber den Weg, den unsere Stadt beschreiten will, gut skizziert. Waltrop entwickelt sich gegen den Trend, denn viele Ruhrgebietsstädte versuchen die Fehler aus der

Vergangenheit, nämlich immer mehr Freiflächen zu versiegeln, zu korrigieren.

Um der Aufheizung der Städte entgegenzutreten, werden grüne Oasen, Seen (siehe Dortmund-Hörde), Parks und Wäldchen angelegt. Und so verbessert sich das Klima in den Städten, Frischluft kann wieder zugeführt werden und die Sommerhitze staut sich nicht mehr so vehement. Es steigert die Wohnattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit und ist ein probates Mittel gegen die Abwanderung und Verödung von Städten und Gemeinden.

Doch Waltrop, die sogenannte „Wohnstadt im Grünen“, beschreibt einen anderen – einen gegensätzlichen Weg. Die Auswirkungen werden wir, die Bürger und Bürgerinnen, bezahlen – in der Zukunft, mit weniger erholsamem Grün, mit schlechterer Luft und mit Gesundheitsschädigungen.

Von Ingrid Täger

Sie können sich natürlich in Korruptionsfragen, oder wenn Sie etwas spenden wollen, auch „vertrauensvoll“ an den Dattelner Bürgermeister wenden, der diese Hinweise nach unserer Dienstaufsichtsbeschwerde auf den Internetseiten der Stadt Datteln veröffentlicht hat (kein Scherz!).

ZITAT:

„Antikorruption

Jährlich werden in Deutschland Millionen Euro Schmiergeld gezahlt. Entsprechend dem Motto "wer gut schmiert, der gut fährt" erschüttern Korruptionsskandale das Vertrauen der Bürger in die Integrität der Behörden.

Wann liegt Korruption vor?

- Bei Missbrauch einer Funktion in Verwaltung, Wirtschaft oder Politik
- Bei Erlangen oder Anstreben eines Vorteils für sich oder einen Dritten
- Bei unmittelbarem oder mittelbarem Schaden oder Nachteilen für die Allgemeinheit oder ein Unternehmen
- Bei Geheimhaltung bzw. Verschleierung der Handlungsweise

Korruption ist kein Kavaliärsdelikt, sondern bereitet vielfach auch den Boden für die organisierte Kriminalität. Sie wird daher konsequent verfolgt und führt zu harten Strafen.

Welche Strafen gibt es bei Verstößen?

Die dienstrechtlichen Folgen bei Verstößen von Beamtinnen und Beamten reichen von Disziplinarmaßnahmen wie Verweise, Geldbuße, Gehaltskürzung bis zur Entfernung aus dem Dienst.

Was soll ein Bürger tun, wenn er einen konkreten Verdacht hat?

Melden Sie einen konkreten Korruptionsverdacht sofort. Die Örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Datteln geht jedem konkreten Hinweis nach. Bei einem Korruptionsverdacht haben Sie mehrere Anlaufstellen. Persönliches Vertrauen ist dabei von besonderer Bedeutung. Als Ansprechpartner stehen Ihnen der Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung und der Bürgermeister zur Verfügung.

Ansprechpartner:

Wolfgang Werner, Bürgermeister

N. N., Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung“



Klimawandel - Was tun?

Energie

Erneuerbare Energien müssen langfristig den überwiegenden Teil der Stromerzeugung übernehmen. Darum sollte ich als Verbraucher genau hinschauen, wie mein Stromanbieter seine Energie erzeugt. Durch Wechsel zu Ökostrom-Anbietern erzeuge ich Druck auf die großen Stromriesen, mehr in die regenerative Energieerzeugung zu investieren und kann auch meinen Geldbeutel schonen.

Heizkosten sparen

Außer mit einer vernünftigen Wärmedämmung kann ich z.B. mit dem Energiesparcomputer Thermomat (ca. 400 Euro) viel Geld sparen. Das Kleingerät kann an gängigen, wassergeführten Zentralheizungen angeschlossen werden und senkt die Schadstoffausscheidungen um bis zu 60%. Heizkosten können um bis zu 30% gespart werden. Für Privatnutzer gibt es einen Zuschuss von 25%, direkt von der KfW-Bank.

Grüne Banken: Förderung zukunftsweisender und nachhaltiger Projekte

Die ökologisch orientierten Nischenbanken verzeichnen gerade seit Ausbruch der Finanzkrise einen regelrechten Kundenansturm. Der Grund: Der Schwerpunkt der grünen Nischenbanken liegt im klassischen Kreditgeschäft ohne spekulative Produkte. Dieses Konzept bringt zwar weniger Rendite, gibt den Kunden aber mehr Sicherheit. Zudem können die Kunden von vornherein festlegen, welche Branchen sie besonders mit ihrem Geld unterstützen wollen.



„Bei uns in Waltrop ist doch alles in Ordnung“

Inklusion, eine Schule für alle Kinder

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Konvention unterschrieben, die die Integration/Inklusion und Förderung Behinderter innerhalb des allgemeinen Schulwesens fordert. Die Bundesregierung sieht aber diese Aufgabe in der Verantwortung der Bundesländer. Doch auch jetzt schon besteht die Möglichkeit, in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen mehr integrative Gruppen, in denen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, einzurichten.

Der Ausschluss von Kindern und Jugendlichen geleitet und weiß aus dieser Erfahrung, dass es noch ein langer Weg ist, diese Schüler innerhalb

Angenommen zu werden.

Aber weitere Schritte zur Integration behinderter Kinder in das allgemeine Schulwesen

in auch in Waltrop integrative Gruppen an weiterführenden Schulen einzurichten.

In Waltrop ist nicht alles in Ordnung

Der Ausschuss für Schule, Kultur, Sport hat nach engagierten Vorträgen und Beiträgen mehrerer Befürworter der integrativen Beschulung und nach langer, kontroverser Diskussion im Juni einstimmig beschlossen, dass sich die Stadt Waltrop als Schulträger, zusammen mit der Schulaufsicht, mit allen Schulen in Verbindung setzt, mit dem Ziel, die integrative Beschulung in Waltrop auszubauen. Zur gleichzeitig geforderten sofortigen Einrichtung einer ersten integrativen Gruppe an

einer weiterführenden Schule in Waltrop konnten sich leider die zögernden großen Fraktionen noch nicht durchringen. „Bei uns in Waltrop ist doch alles in Ordnung.“

Neue Landesregierung mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einer Schule für alle

Aber da hat die Zaudernden und Bedenkenträger erfreulicherweise die aktuelle politische Entwicklung im Juli 2010 überrollt. Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird dem Recht auf inklusive Bildung für Kinder mit Behinderungen erstmalig Rechnung getragen. In einem ersten Schritt soll ein Inklusi-

onsplan entwickelt werden, der den Eltern das Wahlrecht über den Förderort ihres Kindes ermöglicht und weitere Schritte und Maßnahmen beschreibt, die in den nächsten Jahren notwendig sind, um ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Das ist der richtige Weg zu einer Schule für alle. Also packen wir es an, auch in Waltrop!



Alex / photocase.com

Ein langer Weg zu einem gerechten Schulwesen
Ich habe 32 Jahre eine Förderschule mit lernbehinderten, sprachbehinderten und erzie-

der allgemeinen Schule angemessen zu fördern.

Dazu fehlen die gesellschaftlichen, finanziellen und perso-

sind schon jetzt möglich und ich halte es für richtig, nicht weiter abzuwarten, sondern neben dem Gemeinsamen Unterricht an den Grundschu-



Von Eugen Holtkamp

Integration in Waltrop - ein Dialog auf Augenhöhe?

Deutschland ist nun seit 2005 durch Einführung des Zuwanderungsgesetzes auch rechtlich ein Einwanderungsland. Entgegen der Bundes- und Landespolitik, die dieses wichtige Thema lange vernachlässigten, haben die Städte jedoch schon zuvor Integration als wichtiges kommunales Politikfeld entdeckt.

Gemeinwesen zu sehen, werten wir als sehr positiv. Denn erst wenn BürgerInnen, MigrantInnen und ihre Initiativen und alle gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam sich mit eigenen Ideen und Vorstellungen einbringen, wenn sie sich aktiv am Prozess beteiligen kann dies zum Erfolg führen.

Es muss etwas dabei herauskommen!

Leider beteiligten sich an den bisherigen Terminen außer unseren türkischen MitbürgerInnen keine anderen Zuwanderungsgruppen. Doch ohne ihre Einbeziehung wäre der Integrationsprozess nur unvollständig. Darum gilt es zu überlegen, ob hier andere Zugangswege, die mehr auf die einzelnen Migrantengruppen zugeschnitten sind, besser greifen würden. Denn Migration erfolgt aus den unterschiedlichsten Gründen und Konzepte, die dem nicht Rechnung tragen, verfehlen das Ziel. Vom Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Zuwanderern an Bildung, am Ausbildungs- und Berufsleben und an politischen Entscheidungsprozessen sind wir noch weit entfernt, aber genau hier liegen die Kernpunkte einer erfolgreichen Integrationspolitik. Doch wir haben uns auf den Weg gemacht! Bei der Beteiligung ist es aber sehr wichtig, dass tatsächlich konkrete Projekte dabei herauskommen. Gute Beispiele hierfür findet man bisher zu wenige in Waltrop, sodass man sich Anregungen in anderen Städten holen sollte.

Vorstellung einiger gelungener kommunaler Projekte in der Integrationsarbeit:

Die Stadt Chemnitz schließt mit jedem Zuwanderer eine individuelle Integrationsvereinbarung ab. Ein „Mama lernt Deutsch“- Kurs vermittelt nicht nur ausländischen Müttern die notwendigen Deutschkenntnisse, die sie in ihrem Alltag brauchen, erschafft damit auch eine bessere Lernumgebung für deren Kinder.

Der Solinger Jugendstadtrat bewährt sich nicht nur als repräsentatives Beteiligungsmodell, an dem Jugendliche mit Migrationshintergrund gleichberechtigt teilhaben, sondern wirkt bis in die Schulen hinein. Im Rahmen der Familienbildung bietet die Stadt interkulturelle Spielgruppen für die Kinder unter drei Jahren an.

Gelsenkirchen berichtet von einem Modellversuch „Interkulturelle Erziehung“ in Tageseinrichtungen. Durch muttersprachliches Personal konnte die Einbeziehung der Eltern gesteigert werden.

In Burgkirchen an der Alz (B) hat sich ein Arbeitskreis „Bürgerintegration“ über Patenschaften erfolgreich um die Vermittlung von Lehrstellen bemüht. Essen hat ein Berufliches Qualifizierungsnetzwerk für nichtdeutsche Jugendliche aufgebaut und die Kreishandwerkskammer als Träger für das Projekt gewonnen.

Quelle: Bildungs- und jugendpolitische Handlungsansätze in Kommunen, Prof. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal - Bertelsmann Stiftung

Späte Einsichten

Ungeachtet der späten Einsicht Waltrops ist seit Januar 2010 der Integrationsprozess in unserem Städten in Gang gesetzt worden.

Bürger und Bürgerinnen, Migranten und Migrantinnen, alle gesellschaftlichen Gruppen, wie z.B. Parteien, Gewerkschaften, Kirche usw., und die Stadt trafen sich im Januar zu einem Integrationsworkshop, dem dann noch zwei weitere Termine folgten.

Erklärtes Ziel: das Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen in unserer Stadt zu verbessern. Es bildeten sich drei Arbeitskreise, sprachliche, berufliche und gesellschaftliche (soziale) Integration, die es sich zur Aufgabe machen konkrete Handlungskonzepte zu entwickeln.

Den Ansatz, den Dialog auf Augenhöhe zu führen und MigrantInnen mit ihren unterschiedlichen Potentialen als einen Gewinn für das



dwmd. / photocase.com

Als positives Beispiel für Waltrop sollen hier die türkische Gemeinde, die sich immer mehr öffnet, und die Städtepartnerschaft mit Görele, das vor kurzem mit einer offiziellen Delegation Waltrop besuchte, genannt werden.

Von Ingrid Träger

Frauenpower



Die Hälfte der Macht im Visier

Lars Holtkamp und Sonja Schnittke

Mit der erneuten Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin scheinen Frauen auch die letzte Männerbastion in der Politik erobert zu haben. Aber dieses massenmedial vermittelte Bild von erfolgreichen Karrierefrauen deckt sich nicht mit dem durchschnittlichen politischen Alltagsgeschäft. Lars Holtkamp und Sonja Schnittke analysieren in ihrer politikwissenschaftlichen Studie die politische Repräsentanz von Frauen in Bund, Ländern und Kommunen. Auch 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind danach Frauen in fast allen wesentlichen politischen Positionen in Deutschland unterrepräsentiert. Während andere Staaten durch die konsequente Einführung von Quotenlösungen die Frauenanteile erheblich erhöhen, stagniert in den letzten Jahren der Anteil der Parlamentarierinnen in Deutschland.

Was die Ursachen für diesen Stillstand sind und wie die politische Parität auch in Deutschland erreicht werden kann, sind damit die zentralen Fragestellungen der Untersuchung. Nach einer differenzierten Ursachenanalyse mit einem empirischen Schwerpunkt auf den deutschen Kommunalparlamenten wird abschließend ein Reformmodell vorgelegt, mit dem die Geschlechterparität kurzfristig realisierbar ist.

Bielefeld 201, 320 Seiten
ISBN 978-3-9803641-6-4
18,- € plus 2,30 € Versandkosten
Bei der Fernuniversität Hagen als kostenfreier Download erhältlich!

Mach mich nicht an Selbstverteidigungsworkshop für Frauen und Mädchen

Anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen haben wir Waltroper Bündnis 90/Die Grünen im Januar dieses Jahres einen Schnupperkurs Selbstverteidigung und Selbstbehebung angeboten. Die Resonanz: sehr gut - in null Komma nichts war der Kurs ausgebucht. Jung und Alt, Mutter und Tochter, Freundinnen usw. meldeten sich an. Gemeinsam hatten wir trotz des ernsthaften Themas viel Spaß. Es wurden Abwehrtechniken eingeübt, laut geschrien, viele Tricks gezeigt und vor allem an unserer inneren Stärke gearbeitet.



Ein Blick über den Tellerrand...

Umweltschutz auf Chinesisch

Bei meinem 14-tägigen Aufenthalt in China wurde mir die Frage gestellt, wozu man überhaupt Umweltschutz brauche. In China gibt es den Begriff Umweltschutz zwar, aber er wird leider nicht ernst genommen. Es gibt in den Bergbaugebieten im Südosten viele Fischzuchtteiche, die mit angeblich sauberem Grubenwasser gespeist werden. Vor Ort hat sich aber gezeigt, dass das Grubenwasser in keiner Form geklärt wird und so die Fische mit Ölen, Fetten und anderen Chemikalien aus dem Steinkohlebergbau „gefüttert“ werden.



In den Städten werden Lkws und Autos auf den Straßen repariert und die Altölentsorgung wird dort durchgeführt, wo das Auto gerade steht. Das passt ganz gut zur Müllentsorgung: Denn es gibt keine Müllabfuhr, sondern die Abfälle werden einfach auf die Straßennitte gekehrt und dann verbrannt.

So hat jeder Chinese eine eigene Müllverbrennungsanlage und es wundert nicht, dass große Teile des Landes unter einer riesigen Dunstglocke liegen, wie ich bei meiner 650 km langen Zugfahrt von Peking nach Xuzhou festgestellt habe.

Mein persönliches Fazit: China braucht keine Wirtschaftshilfe, China braucht Hilfe bei der Versorgung seiner Bevölkerung und noch mehr bei der Entsorgung von Abfällen und dem Recycling von Wertstoffen. Chinas Wirtschaft ist viel zu schnell gewachsen, ohne dass sich überhaupt ein Umweltbewusstsein und eine staatliche Umweltpolitik etablieren konnte.

Industriell im 21. Jahrhundert, umweltpolitisch im Mittelalter - das sind die heutigen Rahmenbedingungen des bevölkerungsreichsten Landes der Erde. Und dass diese Misere von uns allen durch die Jagd nach Schnäppchen und damit nach chinesischen Produkten unterstützt und von der Industrie durch Verlagerung ihrer Produktion nach China ausgebeutet wird, hinterlässt bei mir einen bitteren Nachgeschmack.



Von Lars Schulte



Sind „Bürgernähe“ und „Kinderfreundlichkeit“ in Waltrop nur Fremdworte?

Ein Erfahrungsbericht über vier Jahre Kontakt zur Stadtverwaltung

Der Kauf einer Eigentumswohnung ist für viele Waltroper Familien ein echtes Highlight im Leben. So war es auch bei uns, als meine Familie 2005 eine noch zu errichtende Wohnung in einem Mehrfamilienneubau in der „Parksiedlung Messingfeld“ erwarb. Die Vorfreude war groß, doch die Realität entwickelte sich alsbald in eine Art Alpträum, aus dem wir noch immer nicht wirklich erwacht sind.

Aber der Reihe nach: Bei Bezug des Hauses im Sommer 2006 bemerkten wir rasch, dass das Haus vom Bauträger mit einigen „Mängeln“ errichtet wurde. Nach einem Gespräch mit einem Fachanwalt trennten wir rasch privatrechtliche Probleme, von öffentlich-rechtlichen Punkten, welche wir laut Tipp unseres Anwalts einfach über die Waltroper Bauaufsicht weiterverfolgen sollten, da diese in den Punkten von öffentlich-rechtlichem Interesse dann kostenlos als unser „Partner“ an seiner Stelle unsere Interessen wahrnehmen würde. Gesagt, getan.

Ende 2006 informierten wir, zusammen mit einigen Miteigentümern, die lokale Bauaufsicht über die unserer Meinung nach fehlende Kleinkinder-

spielplatzfläche, die noch Bestandteil der Baugenehmigung war, und einige andere Dinge, die hier offenkundig nicht den baurechtlichen Bestimmungen genügen.

Null Ergebnisse in der Stadtverwaltung

In Erwartung einer baldigen Lösung ließen wir die Dinge bis zum Frühjahr 2007 erst einmal laufen. Als bis



jala / photocase.com

März'07 aber noch gar nichts passiert war, fragten wir erstmalig nach. Erst bei der Bauaufsicht, dann bei der Bürgermeisterin und dem Stadtratsjuristen. Ergebnis gleich Null. Im Herbst 2007, und etliche Nachfragen später, schrieben wir dann der Oberen Bauaufsicht des Kreises, und

informierten auch diese über die hiesigen Zustände. Bis zum Erlass der entsprechenden Ordnungsverfügungen hier in Waltrop dauerte es dann trotzdem noch bis Ende Februar 2008. Inzwischen waren also bereits gut 15 Monate relativ ereignislos verstrichen. Die Anzahl der urlaubs- und krankheitsbedingten Aufschiebe, der nicht erfolgten Rückrufe usw. seitens der Stadtverwaltung Waltrop ging in der Zwischenzeit in den deutlich zweistelligen Bereich. Mitarbeiter gingen in Rente, Neue kamen, gingen dann nach kurzer Zeit offenbar auch wieder. Es war mehr als nervig.

Warten auf die Insolvenz

Auch ein Gespräch mit der Frau Bürgermeisterin Anfang 2008, das Klärung bringen sollte, wurde erst zwei-mal verschoben, dann fehlten beim Treffen trotzdem wichtige Mitarbeiter der Stadt, sodass es erneut bei Absichtsbekundungen und Mitleidsbezeugungen seitens der Verwaltung blieb. Man musste den Eindruck gewinnen, die Stadt hätte es nun wahrlich nicht eilig. Als die Ordnungsverfügung dann im Frühjahr 2009 endlich in ein inzwischen rechtskräftiges Urteil gegen den Bauträger mün-

dete, ging der Bauträger prompt in die Insolvenz. Klasse! Also, auch heute, im Sommer 2010, inzwischen gut vier Jahre nach Einzug, gibt es



complize / photocase.com

noch immer keine Lösung für die monierten Probleme. Die Bauaufsicht hat den Kontakt zu uns vor ein paar Wochen endgültig abgebrochen, will nun nur noch mit dem neuen Hausverwalter direkt sprechen. Auch nicht gerade vertrauensbildend und bürgernah! Da fragt man sich am Ende fast, ob der Bauträger unser „Gegner“ im Kampf um unser Recht ist bzw. war oder die Stadtverwaltung, die ja eigentlich statt eines Anwalts hier unsere (öffentlich-rechtlichen) Interessen wahrnehmen sollte.

Ich bin mal gespannt, ob wir unsere Kleinkinderspielplatzfläche noch irgendwann kriegen. In einer Stadt, in

der eine ehemalige Kindergärtnerin an der Spitze der Verwaltung steht, sollte gerade die Anlage der gesetzlich vorgeschriebenen Kleinkinderspielplatzflächen doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, oder?

Bebauungspläne als Papiertiger

Und wenn Sie nun glauben, dies sei ein unglücklicher Einzelfall, dann machen Sie sich doch mal den Spaß und zählen Sie die großen Mehrfamilienhäuser ohne die in den Baugenehmigungen vorgeschriebenen Kleinkinderspielplätze in Ihrer Siedlung. Oder zählen Sie mal die Häuser, die nicht das in den Bebauungsplänen größtenteils vorgeschriebene wasserdurchlässige Parkplatzpflaster liegen haben. Sie werden überrascht sein ... Für mich steht seit einiger Zeit unumstößlich fest: „Bürgernähe“ und „Kinderfreundlichkeit“ sind für die Waltroper Stadtverwaltung leider offenbar keine wichtigen Werte, eher hohle Phrasen! Schade drum!



Von Robn Patzwaldt

Wie in Schilda gespart wird

von Eugen Holtkamp



Die Geschichte von den Schildbürgern, die beim Bau des neuen Rathauses die Fenster „eingespart“ hatten, ist fast allen bekannt. Aber die als dumm verachteten Schildbürger waren nach neueren wissenschaftlichen Untersuchungen sehr geschickte Leute, die von Königen und Fürsten aus aller Welt als Berater sehr begehrt waren. Um dem Schicksal zu entgehen, die Heimat verlassen zu müssen, beschlossen sie allerlei dumme Dinge anzustellen und wurden schließlich auch als dumm angesehen und nicht mehr belästigt.

Schließung aller Schwimmbäder

In einer wunderschönen kleinen Stadt, ganz in unserer Nähe, haben die weisen Ratsherren beschlossen alle Schwimmbäder zu schließen, um dem Landesherren ihren Sparwillen zu zeigen. Nun sitzen in diesem heißen Sommer alle auf dem Trockenen und warten auf bessere, nasse Zeiten. Vielleicht ist es aber auch eine der klugen Ideen (allgemein Schildbürgerstreiche genannt), die - oft feindseligen - Beziehungen zu den Nachbarstädten durch den Besuch ihrer Schwimmbäder entscheidend zu verbessern. Man bedenke, welch ein hohes Sparpotenzial und welche Verbesserung der menschlichen Beziehungen man erreichen könnte, wenn die Schwimmbäder in jeder zweiten Stadt geschlossen würden!

Abwahl eines „Nichtstuers“

Der Präsident eines „Hohen Rates“ ließ einen Stellvertreter seines Vertrauens wählen. Als sich aber die Zeiten änderten und er seine Macht verlor, fiel auch sein Stellvertreter in Ungnade, und man ließ ihn links (oder war es rechts) liegen. Da saß nun der arme Mann im „Hohen Haus“ ohne Aufgaben, wurde aber weiter fürstlich bezahlt, und andere machten für ihn die Arbeit. Da er für viele Jahre verpflichtet worden war, konnte man ihn nur abwählen, wenn man sein Gehalt für diese Zeit weiterzahlen würde. Nach langer Zeit süßen Nichtstuns oder öder Langeweile (je nachdem, wie man es sieht) bat er schließlich den Hohen Rat öffentlich um seine Abwahl (bei Fortzahlung seiner Bezüge). Nach langem Sträuben hatten dort einige Gewitzte eine Möglichkeit entdeckt die verfahrenere Situation aufzulösen: Man entspreche dem Wunsch des unfreiwilligen Nichtstuers und wähle einen neuen Stellvertreter des Präsidenten aus den eigenen Reihen, der schon bisher die Aufgaben erledigt habe, ohne aber sein Gehalt entsprechend der neuen Position zu erhöhen!

Die schlaunen Schildbürger

Beide Sparbeispiele stammen aus unserer Gegend, in der das historische Schilda gelegen haben soll. Ob die Schildbürger aber besonders geschickte waren, wie jetzt ernst zu nehmende Gelehrte der Schildologie behaupten, mag jeder bei der Betrachtung ihrer möglichen direkten Nachfahren selbst entscheiden.

Grüner Fahrplan für Waltrop

Nach der überaus erfolgreichen Kommunalwahl 2009 und dem Einzug in Fraktionsstärke in das Waltroper Rathaus traf sich der Waltroper OV Bündnis 90/Die Grünen im Salvador-Allende-Haus in Oer-Erkenschwick, um die Umsetzung des Wahlprogramms zu diskutieren.

Impressum

Bündnis 90 / Die Grünen OV Waltrop
Steinstr. 52, 45731 Waltrop
info@die-gruenen-waltrop.de
www.die-gruenen-waltrop.de

Satz & Layout: Sonja Schnittke
Fotos: photocase, privat
Grafiken: Ingrid Täger
Auflage: an alle Haushalte

Widerstand gegen großenwahninnige Projekte

Der Kampf für den Erhalt der Rieselfelder und gegen newPark wird selbstverständlich fortgesetzt, ebenso der Widerstand gegen den Bau des Dinosaurier-Kohlekraftwerks von EON in Dateln. Hierzu werden wir auch weiterhin unsere guten Kontakte auf Kreis- und Landesebene nutzen. Die Einführung von Umwelt- und Mindestlohnstandards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

- in anderen Städten selbstverständlich - kann auch in Waltrop nicht nur zu mehr Gerechtigkeit, sondern auch zu Kostensparnis in der Verwaltung führen.

Keine Kürzungen im sozialen Bereich

Stichwort mehr Gerechtigkeit: Anhebung der Regelsätze für Hartz-IV-Bezieher, bessere Bildungschancen und eine bessere Beratung gerade für sozial Benachteiligte sind weitere Ziele von Bündnis90/Die Grünen. Beratung und Unterstützung - zu dieser wichtigen Aufgabe muss die Verwaltung auch personell in der Lage sein. Weitere Kürzungen zu Lasten der Bürger und der Mitarbeiter im sozialen Bereich werden mit uns nicht möglich sein. Unterstützen werden wir auch die Bemühungen der Verwaltung Aussiedler und Flüchtlinge menschenwürdig und stadtnah unterzubringen. Kein Mensch ohne Obdach, dieses Ziel hat die Stadt bereits seit einigen Jahren erreicht. Wir wollen, dass dies so bleibt. Auch zu Gunsten der Kosten. Die Unterbringung in Obdachlosenunterkünften kostet den Kämmerer ein Vielfaches der erfolgreichen präventiven Arbeit. Bildungs- und Freizeitangebote sind für Bürger mit geringem Einkommen fast uner-

schwinglich. Wir haben dafür gesorgt, dass der Bildungs- und Freizeitpass in Waltrop wieder eingeführt wird, nicht die SPD, wie die „unabhängige“ Waltroper Zeitung wie der mal fälschlich bemerkt.



Es war eine arbeitsintensive Klausurtagung, bei der aber auch gut gespeist und gelacht wurde. So das Fazit der Klausurtagung der Waltroper Grünen im Januar dieses Jahres.

Von Wulf Reschop

NEUER VORSTAND bei Bündnis 90 / Die Grünen Waltrop

Ingrid Täger und Wulf Reschop als Sprecherin und Sprecher, Eugen Holtkamp als Kassierer und Monya Schnittke als Schriftführerin werden die Geschicke der Partei in den nächsten zwei Jahren lenken. Sie wurden auf der Mitgliederversammlung am 28.06.2010 einstimmig gewählt.

Zu Gast war Michael Sandkühler vom Vorstand der Kreisgrünen. Sein Fazit: Es ist beeindruckend, mit welcher Geschlossenheit die Waltroper Grünen auftreten. Bewundernswert fand Sandkühler auch, welchen Einsatz der Waltroper Ortsverband in der Vergangenheit, insbesondere in den Wahlkämpfen, gebracht hat und was er für die Zukunft plant.



Ingrid Täger



Wulf Reschop



Eugen Holtkamp



Monya Schnittke

Wir sind zu erreichen unter:

eMail: info@die-gruenen-waltrop.de
Telefon: 02309 / 3463 (Eugen Holtkamp)
02309 / 3294 (Ingrid Täger)

Offene Grüne Runde

Jeden 2. Montag im Monat treffen wir uns in der Gaststätte der Waltroper Stadthalle um 19.30 Uhr.

Interessierte sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Internet:
www.die-gruenen-waltrop.de